

„Schwere Wege leicht machen“

Frauenhäuser fordern einheitliche Finanzierung und damit unbürokratischen Zugang für alle Frauen

as Lüneburg: Rund 20.000 von Gewalt bedrohte Frauen mit ebenso vielen Kindern flüchten in Deutschland jedes Jahr in ein Frauenhaus. Damit allen Frauen unbürokratisch und bedürftigerecht Unterstützung geboten werden kann, bedarf es einer einheitlichen, verbindlichen Finanzierung, sagen Ute Gailing und Gudrun Ströges vom Lüneburger Frauenhaus. Mit der Kampagne „Schwere Wege leicht machen“ die bundesweit noch bis zum 25. November läuft, soll zu dem Thema informiert werden. Mitarbeiterinnen des Lüneburger Frauenhauses gehen dazu mit einem Info-Stand am Mittwoch, 5. Juli, in die Große Bäckerstraße. Dort werden auch Untertschriften gesammelt, die an die Bundestagsabgeordneten weitergeleitet werden.



Gudrun Ströges (l.) und Ute Gailing, Mitarbeiterinnen des Lüneburger Frauenhauses, informieren zu der Kampagne.

Foto: as

Grund: In jedem Bundesland gibt es unterschiedliche Formen der Finanzierung der Frauenhäuser. Das Lüneburger Frauenhaus, das zwölf Plätze bietet, die fast immer voll belegt sind, erhält zum Beispiel 50 Prozent der Personalkosten vom Land Niedersachsen, mit jeweils 25 Prozent beteiligen sich Stadt und Landkreis. Für die Unterkunft pro Frau/Kind werden für Hartz-IV-Empfänger vom Jobcenter pro Tag 10,65 erstatet. Werd jedoch kein Empfänger der Sozialleistung ist, muss den Beitrag selber aufbringen. In vielen anderen Kommunen sind die Kosten der Frauenhäuser in Tagessätze umgerechnet (bis zu 104 Euro pro Tag), die Frauen selber zahlen müssen, wenn sie eigenes Einkommen haben.

Der Lagebericht der Frauenhäuser, der auch im Bundestag diskutiert wurde, habe deutlich gemacht, dass die unterschiedliche Finanzierung sowie die unterschiedlichen Zugängsmöglichkeiten dazu führen, dass nicht alle Frauen einen unbürokratischen Zugang zu Frauenhäusern haben. Das gelte zum Beispiel für Frauen mit Beeinträchtigungen, fehlende Mittel für einen barrierefreien Umbau machen 95 Prozent der Frauenhäuser immer noch nicht geeignet für Frauen mit Behinderung. Aber auch für Studentinnen, die oft den Unterkunftsbeitrag nicht leisten können oder EU-Bürgerinnen und Ausländerinnen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, bedeutet der Zugang eine Hürde. „Weil sie kein Anrecht auf finanzielle Unterstützung haben“, erläutern die Mitarbeiterinnen des Lüneburger Frauenhauses.

Ein unhaltbarer Zustand, der den Frauen den Schritt aus der häuslichen Gewalt erschweren würde, ist die fehlende Einheitlichkeit der Finanzierung. „Mit der von den autonomen und den verbändlichen Frauenhäusern in Deutschland getragenen Kampagne fordern wir die Bundespolitik auf, dass Bund und Länder eine einheitliche finanzielle Regelung auf den Weg bringen“, so Ströges und Gailing. Weitere Infos auch im Internet unter www.schwere-wege-leicht-machen.de.